

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 11

Berlin, den 1. Juni 1937

18. Jahrgang

Das Sandomirer Gebiet

Der Gedanke, das industrielle Schwergewicht von den Grenzen weg mehr in das Innere des Landes hineinzuverlegen, ist in Polen nicht neu. Er ist in bezug auf die unmittelbar der militärischen Kühlung dienenden Industriezweige bereits weitgehend durchgeführt worden. Er hat aber erst in dem Projekt der Schaffung eines neuen Industriegebietes um Sandomir, das der Vizepremierminister Kwiatkowski im Februar d. J. verkündet hat, eine Gestalt angenommen, in der er der polnischen Öffentlichkeit als eine große, allgemeinpolnische Aufgabe vorgestellt werden kann. Sandomir ist heute eine tote, abseits jedes größeren Verkehrs, an der Mündung des San in die Weichsel gelegene Stadt, die etwa 10 000 Einwohner zählt und in deren Straßenbild außer dem architektonisch originellen Rathaus und einem alten Stadttor an der nach Aptau (Opatow) führenden Straße kaum noch etwas an die Zeit erinnert, in der sie eine Rivalin Krakaus und der Hauptort einer von der Pilica bis an die Karpathen reichenden Wojewodschaft war. Das Gebiet um Sandomir ist heute weder landwirtschaftlich noch industriell von Bedeutung. Auch eigene Bodenschätze sind in dem Gebiet nicht vorhanden. Wenn trotzdem gerade dieses Gebiet dazu ausersuchen ist, zu einem neuen und beherrschenden Industriezentrum Polens umgestaltet zu werden, so ausschließlich wegen seiner geographischen Lage, die mancherlei Vorteile verspricht.

Vor allem fällt der strategische Faktor schwer ins Gewicht. Das Gebiet um Sandomir liegt im militärischen Sicherheitswinkel des polnischen Staates; es ist von der sowjetischen Grenze etwa 300 Kilometer und von der deutschen Grenze etwa 200 Kilometer entfernt, und gegen die nur etwa 100 Kilometer entfernte slowakische Grenze ist es durch den Wall der Karpathen gedeckt. Da das Gebiet aber selber keine Energiequellen besitzt, muß die dort anzusehende Industrie sich auf den Energiebasen anderer Landschaften gründen. In dieser Hinsicht kann es als Vorteil des Gebietes gelten, daß ihm von drei verschiedenen Landesteilen drei verschiedene Energiequellen zur Verfügung gestellt werden können. Die hauptsächlichste Grundanlage würden natürlich die in der Südwestecke des Staates, besonders in Ostoberschlesien, konzentrierten Kohlenvorkommen sein. Zur Verbilligung des Kohlentransportes würde ein Ausbau der Wasserstraßen notwendig sein. Die in österreichischer Zeit begonnene Regulierung des Weichselllaufes von Krakau bis zur Sanmündung müßte fortgeführt werden; oberhalb Krakaus wäre eine Kanalisierung der Weichsel bis zur Mündung der Przemsja notwendig; und von dort müßte entweder durch die Kanalisierung der Przemsja oder durch den (bereits früher einmal begonnenen) Bau eines Schiffahrtskanals die unmittelbare Wasserverbindung mit dem Kohlenrevier hergestellt werden. Als zweite Energiequelle kommen die Wasserkräfte der galizischen Weichselzuflüsse in Frage, die, wie im Falle der Sola, der Rawo, der Brznica und des Dunajec, bereits heute teilweise ausgenutzt werden, bzw. sich im Ausbau befinden. Hierzu könnte als dritte Energiequelle das im Naphtharevier der Karpathen gewonnene Erdgas treten. Derartige, für das Sandomirer Revier in Betracht kommende Erdgasquellen gibt es bei Jaslo, Krosen (Krosno) und Przemyśl, die im Rahmen des Vierjahresplanes durch Röhrenleitungen mit Sandomir und darüber hinaus mit Radom und Staszów verbunden werden sollen. Aus dem Befragten ergibt

sich, daß zwar das geplante neue Industriegebiet selber im Kriegsfall verhältnismäßig sicher sein würde, daß aber die Energiequellen, die die Industrie des Gebietes in Gang halten, in der Hauptsache in strategisch exponierten Gegenden liegen.

Kwiatkowski hat seiner Zeit in der Erläuterung seines Projektes darauf hingewiesen, daß der Schaffung eines neuen Industriezentrums um Sandomir auch in bezug auf den Ausgleich der schroffen Gegensätze in der wirtschaftlichen Struktur Ost- und Westpolens eine besondere Bedeutung zukommen könnte. Alle Bemühungen um einen Ausgleich dieser Niveauunterschiede, hat er gesagt, müßten erfolglos bleiben, wenn in der Mitte zwischen den beiden wirtschaftlich so grundverschiedenen Teilen Polens „eine abgestorbene Wüste, ein unbrauchbarer Fildes, ein überbevölkertes, notleidendes und wirtschaftlich undefinierbarer Bezirk“ bestehen bliebe. Ein auf der Grenze zwischen „Polen A“ und „Polen B“ gelegener Industriebezirk könnte da das fehlende, Kräfte anziehende und ausstrahlende Verbindungsstück der gesamt-polnischen Volkswirtschaft bilden. Es könnte einerseits den armen, agrarischen Osten mit billigeren (?) Industrieerzeugnissen versorgen und andererseits für dessen landwirtschaftliche Erzeugnisse und überschüssige Arbeitskräfte den nahe gelegenen, heute fehlenden Absatz- und Arbeitsmarkt bilden. Es ist an sich denkbar, daß ein Industriegebiet um Sandomir sich zu einem nach Westen, Norden und Osten ausstrahlenden, zentralen Wirtschaftsraum Polens entwickeln. Vorerst aber sind die verkehrspolitischen Bedingungen hierfür noch ebenso wenig wie das Industriegebiet selber vorhanden. Notwendig wäre einmal der Ausbau des Eisenbahnnetzes, vor allem der Bau einer durchgehenden Querschnitts- und Ostobererschlesien über den Sandomirer Bezirk mit Wohlhynien verbindet. Und notwendig wäre weiter die Verwirklichung der Projekte, die für die Schiffbarmachung nicht nur der Weichsel (die sich vor allem auf der Strecke zwischen Sandomir und Warschau in einem völlig unbrauchbaren Zustand befindet), sondern auch des Bug, des Narew usw. mit optimistischer Großzügigkeit aufgestellt worden sind.

Es kommt auch noch folgender Gesichtspunkt hinzu, der geeignet erscheint, den Polen den Plan eines Industriegebietes um Sandomir sympathisch zu machen: Der Sandomirer Bezirk ist ein Gebiet, das mit etwa 90 v. H. Polen zu den rein polnischen Teilen des Staates gehört, so daß hier also die Aussicht auf die Schaffung eines wirklich national-polnischen Wirtschaftszentrums besteht. Dazu ist nun aber zu sagen, daß eine Neuschöpfung wie die hier geplante nicht nur wirtschaftliche, sondern auch bevölkerungspolitische Verlagerungen herbeiführen muß. Es ist — ganz abgesehen von der Saugkraft, die ein derartiger Vorgang auf die jüdischen Elemente auszuüben pflegt, — dabei zu bedenken, daß in unmittelbarer Nachbarschaft des Sandomirer Gebietes der geschlossene Siedlungsraum des ukrainischen Volkes beginnt; und es dürfte selbst der Rigorosität der polnischen Nationalitätenpolitik schwerlich gelingen, eine nationale Unterwanderung des neuen Industriegebietes zu verhindern.

Man kann nicht über die Schaffung eines Industriegebietes um Sandomir sprechen, ohne an die Rückwirkungen zu denken, die ein solcher Vorgang auf Ostoberschlesien ausüben muß. Natürlich wird die ostoberschlesische Urproduktion, der Bergbau, keine Beeinträchtigung durch das neue Industriegebiet zu befürchten haben (wenn es auch wahrscheinlich ist, daß sich infolge der Verlagerung der Transportrichtung die seit Jahren langsam fortschreitende Hebung des Anteils der Gebiete von Dombrowa und Krakau an der Gesamtkohlenförderung Polens beschleunigen wird). Aber mit der Verlegung dieser oder jener Zweige der Schwerindustrie von Ostoberschlesien in das neue Industriegebiet ist ohne Zweifel zu rechnen. In einer solchen Verlegung liegt ja gerade der strategische Sinn des ganzen Projektes; und überdies ist zu beachten, daß man die Erze des Rieser Gebietes, um deren Ausbeutung man sich in Polen zwecks Verminderung der Erzeinfuhr aus dem Ausland bemüht, zweifellos nicht Ostoberschlesien, sondern dem neuen Industriegebiet zur Verarbeitung zuführen wird. Zum mindesten wird Ostoberschlesien gezwungen sein, sich in die Rolle der Industriemoderodschaf, die es heute in Polen spielt, mit einem anderen Gebiete zu teilen. Es wird sich gegenüber Sandomir in einer ganz ähnlichen Lage wie Danzig gegenüber Gdingen befinden. Wenn der Wojewode Grazynski heute erklärt, daß Ostoberschlesien von Sandomir nichts zu befürchten habe, so tut er nur das gleiche, was vor einem Jahrzehnt Kwiatkowski getan hat, als er erklärte, daß Gdingen keine Belastung für Danzig sein werde.

Deutschlands Handel mit Litauen

Durch das deutsch-litauische Wirtschaftsabkommen vom 5. August 1936 wurden die bis dahin bestehenden Behinderungen, die den Wirtschaftsaustausch der beiden Staaten nahezu völlig lahmgelegt hatten, im wesentlichen beseitigt. Das Abkommen wirkte sich sofort nach seinem Inkrafttreten außerordentlich günstig für die litauische Volkswirtschaft aus. In den ersten acht Monaten des Jahres 1936, also bis zum Abschluß des Abkommens, lieferte Litauen für nur 3,5 Mill. Lit. Waren nach Deutschland; in der gleichen Zeit bezog es für 4,4 Mill. Lit. Waren von dort. In den vier letzten Monaten des gleichen Jahres dagegen belief sich die litauische Ausfuhr nach Deutschland auf 17 Mill. Lit. und die Einfuhr von dort auf über 6 Mill. Lit. Hatte Deutschlands Anteil an der Gesamtausfuhr Litauens in den ersten acht Monaten des Jahres 1936 nur 2,94 v. H. und sein Einfuhranteil 4,78 v. H. betragen, so schnellte in den vier letzten Monaten des gleichen Jahres der Ausfuhranteil auf 26,3 v. H. und der Einfuhranteil auf 16,26 v. H. empor. In den ersten Monaten des Jahres 1937, für die die litauischen Außenhandelsziffern vorliegen („Osteuropa-Markt“ Heft 4/5), hielt diese für Litauen günstige Entwicklung gleichmäßig an. In den ersten sechs Monaten nach dem Abschluß des Abkommens (September 1936 bis Februar 1937) setzte sich der litauische Warenaustausch mit Deutschland folgendermaßen zusammen (in Mill. Lit.):

	Insgesamt	Lebende Tiere	Lebensmittel	Rohstoffe u. Halbfabrikate	Fertigfabrikate
Lit. Ausfuhr	21,540	8,002	6,852	5,776	0,914
Lit. Einfuhr	14,787	0,002	0,156	1,045	13,584

Der litauische Außenhandel mit Deutschland, der in den ersten acht Monaten des Jahres 1936 passiv gewesen ist, wurde also nach dem Inkrafttreten des Abkommens vom 5. August erheblich aktiv. Der deutsch-litauische Warenverkehr entwickelte sich also nicht im Sinne des Abkommens, dem ein Wertverhältnis von 1:1 zugrundegelegt worden war. Die litauische Ausfuhr trägt ausgesprochen agrarischen Charakter. Unter den nach Deutschland ausgeführten lebenden Tieren standen Schweine und Enten weitaus an erster Stelle; erst in weitem Abstand folgten Kälber, Rinder, Gänse und Pferde. Unter den nach Deutschland ausgeführten Lebensmitteln bildete Butter den weitaus größten Posten; es folgten Äpfel, Eier, Käse, Wicken usw. Unter den Rohstoffen und Halbfabrikaten entfielen die weitaus stärksten Posten auf Bretter, Kleeheu, Heu, ferner auf Papierholz, Flach und Kalbfelle. Unter den nach Deutschland ausgeführten Fertigwaren spielte Sperrholz die wichtigste Rolle. Die deutsche Einfuhr nach Litauen setzte sich aus einer weit größeren Zahl verschiedener Warengattungen zusammen. In der deutschen Einfuhr nach Litauen spielten lebende Tiere und Lebensmittel nur eine untergeordnete Rolle. Unter den Rohstoffen und Halbfabrikaten standen Koks, Stahl und Eisen an erster Stelle. Unter den Fertigwaren ragten Apparate und Instrumente, Maschinen verschiedener Art und Chemikalien, Eisenwaren und Blechwaren, Kraftwagen, Farben und Medikamente, landwirtschaftliche Maschinen, Werkzeuge und Maschinenteile, Waren aus Kupferdraht und Gusseisenwaren, ferner Bücher und Drucksachen, Baumwollgewebe usw. durch beträchtliche Wertposten hervor.

Die Bedeutung, die das Wiederaufleben des Handelsverkehrs mit Deutschland vor allem für die Landwirtschaft Litauens hat, läßt sich in überzeugender Weise aus folgenden, im „Memeler Dampfboot“ angeführten Einzelheiten entnehmen. 1. Es gibt eine Reihe von Erzeugnissen der litauischen Landwirtschaft, für die nirgends sonst als auf dem deutschen Markte Absatzmöglichkeiten bestehen. Das gilt z. B. für Gänse und Enten, deren Ausfuhr durch den Wirtschaftskrieg mit Deutschland restlos stillgelegt wurde. Im Jahre 1935 sind an Enten 0 Stück gegenüber 245 000 Stück im Jahre 1933 aus Litauen ausgeführt worden! Die Ausfuhr an Gänsen hat sich 1935 auf 88 Stück gegenüber 450 000 Stück im Jahre 1932 belaufen! In den ersten sechs Monaten nach dem Abschluß des deutsch-litauischen Wirtschaftsabkommens sind wieder 98 000 Enten und 146 000 Gänse nach

Deutschland ausgeführt worden. Für litauische Linsen gilt dasselbe. Im Jahre 1928 hat Deutschland 1300 Tonnen Linsen aus Litauen bezogen. 1934 und 1935 hat Litauen, da der deutsche Markt gesperrt war, überhaupt keine Linsen ausführen können, in den ersten sechs Monaten nach dem Abschluß des Abkommens aber bereits wieder 270 Tonnen. Auch für Äpfel und Honig aus Litauen ist Deutschland praktisch der einzige Käufer. 2. Ebenso fällt ins Gewicht, daß Deutschland für fast sämtliche Erzeugnisse der litauischen Landwirtschaft der lohnendste Absatzmarkt ist. Die Preise, die Litauen auf dem deutschen Markt erzielt, liegen durchweg höher, und z. T. ganz wesentlich höher als die Preise, die es für gleichwertige Erzeugnisse auf allen anderen Märkten, vor allem in England, erhält. So hat der in den vier letzten Monaten des Jahres 1936 erzielte Durchschnittswert der Ausfuhr nach Deutschland gegenüber der Ausfuhr nach anderen Ländern Preise erbracht, die z. B. bei frischem Fleisch um 12 v. H., bei Butter um 25 v. H., bei Eiern um 68 v. H. höher lagen usw. Die Bedeutung dieser Preisunterschiede wird auch dadurch nicht gemindert, daß heute für einen gewissen Teil der deutschen Waren, die Litauen aus Deutschland einführt, die Preise ein wenig höher liegen als die der Waren aus anderen Ländern.

Fest steht jedenfalls, daß der durch das Abkommen vom 6. August v. J. wieder angekurbelte Handelsverkehr mit Deutschland der Wirtschaft Litauens einen fühlbaren Auftrieb gegeben und vor allem die Kaufkraft der Landwirtschaft nachhaltig gestärkt hat. Die Deutschland stark interessierende Frage, inwieweit die Wirtschaft des deutschen Memelgebietes an diesen günstigen Wirkungen des Abkommens teilzunehmen können, läßt sich nur recht unvollkommen beantworten, da genaue Zahlen über die Beteiligung des Memelgebietes an der Ausfuhr nach Deutschland nicht vorliegen. Nur für einige Warengattungen lassen sich ungefähre Zahlen angeben. So stammen die nach Deutschland ausgeführten Pferde, Rinder und Kälber zum größten Teil, die Schweine zu etwa 40 v. H., der Käse ganz und die frischen Fische überwiegend aus dem Memelgebiet. Es liegt auf der Hand, daß Litauen, rein wirtschaftlich gesehen, ein großes Interesse daran hat, sich den deutschen Absatzmarkt zu erhalten. Da das Abkommen vom 6. August v. J. nur für die Dauer eines Jahres abgeschlossen worden ist, sind über dessen Verlängerung bzw. Ergänzung neue Verhandlungen notwendig. Diese werden Mitte Juni beginnen. Worauf Deutschland im Falle einer Verlängerung des Abkommens besonderen Wert legen muß, ist so selbstverständlich, daß Erörterungen darüber überflüssig erscheinen.

Der polnische Kolonialanspruch

Es war in Polen nach dem Kriege jahrelang üblich, von den schier unerschöpflichen wirtschaftlichen Möglichkeiten des neuen Staates zu sprechen. Man hielt eine solche Propaganda damals für nötig, um die im Ausland bestehenden Zweifel an der Lebensfähigkeit dieses Staates zu überwinden und um im eigenen Hause das Selbstvertrauen und die Staatsfreudigkeit der Bewohner zu heben. Im Laufe der letzten zwei Jahre aber ist eine andere Prurteilung der polnischen Wirtschaftskräfte vorherrschend geworden. Hat man früher von dem Reichtum der unerschlossenen Wirtschaftsquellen des Staates gesprochen, so drängt man sich heute, wo die Aussicht besteht, bei einer Neuverteilung der Rohstoffgebiete der Welt etwas zu erben, in die Reihe der „have-nots“ unter den Staaten. Im Innern sorgt die See- und Kolonialliga, die Anfang dieses Jahres bereits mehr als 1/2 Million Mitglieder zählte, dafür, daß sich in der polnischen Öffentlichkeit die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Erwerbes überseeischer Rohstoffgebiete festsetzt. Und auf internationalem Boden ist die polnische Regierung, unterstützt von der Agitation des Weltbundes der Polen, seit etwa einem Jahre bemüht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit den polnischen Anspruch auf Zuteilung überseeischer Rohstoffgebiete zur Sprache zu bringen und unter den Politikern der verschiedenen Länder Befürworter dieses Anspruchs zu finden.

Die Propaganda, die in dieser Hinsicht von polnischer Seite entfaltet wird, geht in der Hauptsache von folgenden Tatsachen aus: Polen sei ein Land, dessen Bevölkerung sich alljährlich um etwa 400 000 Menschen vermehre. Da dieser Ueberschuß infolge der Einwanderungsbeschränkungen, die die wichtigsten, für die polnische Auswanderung in Frage kommenden Länder in Europa und Uebersee eingeführt haben, nicht mehr nach außen abfließen kann, müsse Polen an eine beschleunigte Bevölkerungszunahme seiner Volkswirtschaft denken. Hierzu aber sei es nicht in der Lage, da ihm 14 von den 24 wichtigsten Rohstoffen fehlten, deren es für die Industrialisierung bedürfe. In diesem Zusammenhang wird u. a. darauf verwiesen, daß in den Jahren 1934 und 1935 der Rohstoffimport etwa die Hälfte der Gesamteinfuhr Polens ausgemacht hat, daß die von der Industrie benötigten Textilrohstoffe und Erze nahezu gänzlich aus dem Auslande eingeführt werden müssen, daß Kautschuk, Kolonialwaren, Pelze und Leder die polnische Zahlungsbilanz empfindlich belasten, u. a. m.

Solchen polnischen Klagen hat nun aber ein englisches Wirtschaftsblatt entgegengehalten, daß ein Staat erst dann, wenn er die innerhalb seiner Grenzen vorhandenen Naturkräfte weitgehend ausgenutzt habe, berechtigt sei, überseeische Rohstoffgebiete zu fordern, daß also einer internationalen Rohstoffhilfe eine eigene Anstrengung des betreffenden Staates vorangehen müsse. Sieht man sich die polnische Kolonialforderung unter diesem Gesichtspunkte an, dann erscheint sie in einem weniger günstigen Licht, als sie der polnische Sprecher im März d. J. vor dem Rohstoffausschuß des Völkerbundes dargestellt hat. Polen hat innerhalb seiner Grenzen noch reichliche Möglichkeiten, sich die von seiner Industrie benötigten Rohstoffe zu schaffen. Der Haken ist nur, daß es diese Möglichkeiten zum Teil erst in bescheidenem Umfange ausgenutzt hat. Die Versorgung der polnischen Textilindustrie mit einheimischen Rohstoffen, vor allem mit Wolle, Flach und Hanf, aber auch mit Leztra, Kotonin usw., könnte erheblich ausgebaut werden. Die Einfuhr von Pelzen und Fellen ließe sich durch die Steigerung der Qualität der einheimischen Erzeugung vermeiden; doch fehlt es in dieser Hinsicht bisher an jeder Initiative. Die Vermehrung und vor allem Verbesserung des einheimischen Obstbaues könnte die Belastung der Handelsbilanz durch die Einfuhr von Edelobst und Südfrüchten erheblich vermindern. Die Schwerindustrie könnte durch die Erschließung der bei Sambor in Galizien, bei Klecie in Kongreßpolen, bei Larnowiß in Ostoberschlesien und in den Ostkarpathen festgestellten, zum Teil hochwertigen Eisenerzen zu einem erheblichen Teil auf einheimische Rohstoffbasis umgestellt werden. Die Erschließung der Phosphorlager im Klecker Gebiet und die Erbohrung neuer reicher Erdöllager in Galizien würde der chemischen Industrie aus einheimischen Rohstoffen neuen Auftrieb verleihen. Uff. Es ist in dieser Hinsicht schon einiges geschehen. An einer großzügigen Ausbeutung seiner Naturkräfte aber wird Polen durch seinen chronischen Kapitalmangel gehindert.

Es liegt auf der Hand, daß ein Staat, dem die Mittel fehlen, die innerhalb seiner Grenzen liegenden Rohstoffe seiner Wirtschaft dienstbar zu machen, auch nicht imstande sein wird, die ihm etwa zur Verfügung gestellten auswärtigen Rohstoffgebiete aus eigener Kraft zu erschließen. Das bedeutet, daß das Kolonialproblem für Polen in erster Linie eine Finanzfrage ist, die nur mit fremder Hilfe gelöst werden kann. Das Bewußtsein der finanziellen Unfähigkeit ist es, das in die sonst so anspruchsvoll auftretende polnische Kolonialpropaganda ein Moment der Unsicherheit bringt. Einmal ist nur davon die Rede, daß Polen für seine überschüssige Bevölkerung überseeische Siedlungsgebiete zur Verfügung gestellt werden müßten. Dann wird wieder der handelspolitische Gedanke der offenen Tür zu den überseeischen Rohstoffgebieten vertreten. Schließlich wird aber auch die weitgehende Forderung nach eigenen überseeischen Kolonialbesitz für Polen erhoben. Es kommt noch hinzu, daß das ganze Problem durch die jüdische Emigration, die für Polen eine dringliche wirtschaftliche und nationalpolitische Angelegenheit bildet, eine besondere Note erhält. Der polnische Wunsch nach Siedlungsland ist auf gewisse südamerikanische oder südafrikanische Gebiete gerichtet; es wird dabei natürlich nicht an den Erwerb staatlicher Hoheitsrechte durch Polen, sondern nur an die Einräumung gewisser Niederlassungsrechte in möglichst geschlossener Siedlung für polnische Emigranten gedacht. Der Gedanke der offenen Tür scheint bisher mit keinem bestimmten Ueberseegebiet verbunden zu sein. Soweit es sich um den eigentlichen Kolonialanspruch handelt, wendet sich die polnische Aufmerksamkeit mit Vorliebe dem früher deutschen Kolonialbesitz

zu. Und was die jüdische Auswanderung aus Polen anlangt, so hat die Warschauer Regierung bereits mehrfach in London ihr Interesse an Palästina und in Paris ihre Hoffnungen auf Madagaskar zu erkennen gegeben, nicht nur in der Absicht, ihre Juden dorthin abzuschicken, sondern auch in der Erwartung, sich auf dem Wege über die jüdische Ansiedlung in diesen Gebieten wirtschaftlich festsetzen zu können.

Die Methoden des Baltischen Instituts

Seit März d. J. gibt das Baltische Institut in Gdingen unter dem Namen „Zantar“ eine neue Zeitschrift in polnischer Sprache heraus. Im ersten Heft dieser Zeitschrift ist u. a. ein Beitrag von Dr. P. H. Seraphim, dem Leiter der polnischen Abteilung des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg erschienen. Der Artikel behandelt den Strukturwandel der Häfen und des Ostseeverkehrs. Da dieser Artikel eine Reihe von Formulierungen enthält, die sich mit dem, was Dr. Seraphim in seinem im Januar d. J. erschienenen Buche „Die Ostseehäfen und der Ostseeverkehr“ zu dieser Frage gesagt hat, nicht vereinbaren lassen, ist es notwendig, einige Mitteilungen darüber zu machen, auf welche Weise der Artikel in die erwähnte Zeitschrift gelangt ist. Diese Mitteilungen werfen auf die Arbeitsmethoden des Baltischen Instituts ein merkwürdiges Licht.

Es ist zunächst festzustellen, daß der Leiter des Baltischen Institutes, Direktor Borowik, der auch für die Tendenz dieser Zeitschrift verantwortlich ist, den betreffenden Aufsatz ohne Genehmigung des Verfassers in dem neuen Organ seines Institutes nachgedruckt hat. Dr. Seraphim hatte den Aufsatz seiner Zeit für die englischsprachige Zeitschrift des Baltischen Institutes, „Baltic Countries“, geschrieben. Dort ist er im September v. J. unter Hinweis auf die bevorstehende Herausgabe des genannten Buches erschienen. Für dessen nochmalige Verwendung in einer anderen Zeitschrift hat Direktor Borowik die Erlaubnis des Verfassers aber nicht gehabt; er hat jedoch trotzdem durch eine Vorbemerkung den Eindruck zu erwecken versucht, als ob der Zweidruck (diesmal in polnischer Sprache) im Einvernehmen mit dem Verfasser erfolgt sei.

Das ist aber nicht das Wesentliche an diesem Fall. Schwere fällt ins Gewicht, daß der in der „Zantar“ erschienene polnische Text sich in einer ganzen Reihe wichtiger Punkte sowohl von dem deutschen Text des Manuskriptes wie von dem in den „Baltic Countries“ erschienenen englischen Text unterscheidet. Ein Vergleich der verschiedenen Texte ergibt, daß gerade die Stellen des Aufsatzes, die sich mit den störenden Einwirkungen der polnischen Hafenpolitik auf die traditionelle Struktur des Ostseeverkehrs befassen, im polnischen Text in einer Weise sinnentstellend und zum Teil gefälscht wiedergegeben sind, daß es unmöglich ist, noch von bloßen Uebersetzungsfehlern zu sprechen. Prof. Dr. Oberländer hat sich als Leiter des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft auf Grund der erwähnten Tatsachen veranlaßt gesehen, an Direktor Borowik ein Schreiben zu richten, in dem er gegen ein solches, in der wissenschaftlichen Welt ungewöhnliches Verfahren Einspruch erhebt. In diesem Schreiben heißt es u. a., daß „diese Abweichungen des polnischen Textes von der klaren Formulierung des deutschen und des englischen Textes so sinnentstellend und so unvereinbar mit dem gesamten Inhalt des deutschen und des englischen Aufsatzes sind, daß sie in der Ausführung einer Verfälschung gleichkommen“.

Direktor Borowik hat auf dieses Schreiben, das die unter seiner Verantwortung vorgenommenen Fälschungen an der Arbeit eines deutschen Wissenschaftlers festnagelt, mit einem Brief reagiert, in dem er die erstaunliche Behauptung aufstellt, daß man sich bemüht habe, „die Uebersetzung möglichst originaltreu zu gestalten“; er gibt dann freilich selbst zu, daß auch er durch die polnische Fassung des Aufsatzes nicht zufriedengestellt worden sei. Zur Kennzeichnung des Falles verdienen noch zwei Umstände erwähnt zu werden: 1. Es ist üblich, daß die Redaktionen ihren fremdsprachigen Mitarbeitern die von ihnen vorgenommenen Uebersetzungen vor Erscheinen noch einmal zur Prüfung vorlegen. Direktor Borowik aber hat es bezeichnenderweise unterlassen, Dr. Se-

raphim die Korrekturabzüge seines Aufsages zuzusenden, so daß dieser keine Gelegenheit gehabt hat, seine Einwendungen gegen die polnische Uebersetzung rechtzeitig geltend zu machen. 2. Die Uebersetzung des Aufsages ist für das Baltische Institut von einem (wie Direktor Borowik sich ausgedrückt hat) „Danziger deutscher Muttersprache“ besorgt worden, auf den der polnische Institutsleiter jetzt anscheinend gerne die Schuld an der peinlichen Angelegenheit abchieben möchte. Bei diesem „Danziger deutscher Muttersprache“ handelt es sich um Dr. Stefan Glucksmann in Warschau.

Dr. Glücksmann aber wehrt sich ganz entschieden gegen den Vorwurf, an den Verfälschungen schuldig zu sein. Er erklärt in kategorischer Form, daß an seiner Uebersetzung nachträglich sinnentstellende Aenderungen vorgenommen worden sind, und daß ihm ebensowenig wie Dr. Seraphim Korrekturabzüge seiner Uebersetzung zugestellt worden sind. Er sieht sich, da er als Uebersetzer in der „Jantar“ genannt worden ist, durch das Baltische Institut in seinem Rufe als Wissenschaftler geschädigt und hat seinen Rechtsbeistand damit beauftragt, von der Schriftleitung der „Jantar“ zu fordern, daß in der nächstfolgenden Nummer der Zeitschrift eine Notiz erscheint des Inhaltes, daß er, der Uebersetzer, für die Abweichungen der polnischen Uebersetzung vom deutschen Original nicht verantwortlich ist. Eine entsprechende Forderung hat Dr. Seraphim als Verfasser des Aufsages an Direktor Borowik gerichtet.

Nach dem Gesagten besteht kein Zweifel daran, daß das Baltische Institut in Gdingen die Arbeit eines deutschen Verfassers in einer von ihm herausgegebenen Zeitschrift 1. mißbräuchlich veröffentlicht und 2. in wesentlichen Teilen gefälscht hat. Da es sich bei der Zeitschrift „Jantar“ um ein wissenschaftliches Organ und beim Baltischen Institut um eine Einrichtung handelt, die Wert darauf legt, mit den Wissenschaftlern anderer Länder zusammenzuarbeiten, fallen derartige Arbeitsmethoden um so schwerer ins Gewicht. Es kann nicht ausbleiben, daß die nichtpolnischen Wissenschaftler aus dem erwähnten Fall gewisse Rückschlüsse auf die Arbeit dieses Institutes überhaupt ziehen werden. Was das Institut für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg anlangt, so hat es aus dem vorliegenden Fall die gebotenen Folgerungen gezogen, indem es die Zusammenarbeit mit dem Baltischen Institut, die es im vergangenen Jahre durch die Veröffentlichung eines Beitrages seiner Mitarbeiter in der Zeitschrift „Baltic Counties“ eingeleiten versuchte, wieder aufgesagt hat. Es ist also festzustellen, daß, wie auf anderen Gebieten, so auch in diesem Falle die deutsch-polnische Zusammenarbeit an der mangelnden Aufrichtigkeit und Zuverlässigkeit des polnischen Partners gescheitert ist.

Die Zahl der Deutschen in Posen

Es hat etwa 5½ Jahre gedauert, bis das Statistische Hauptamt in Warschau die Volkszählungsergebnisse für die Wojewodschaft Posen vorgelegt hat. Es braucht nicht weiter hervorgehoben zu werden, daß in der seit dem Zählungstermin verstrichenen Zeit nicht unerhebliche Verschiebungen in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung eingetreten sind. Einerseits haben sich in dieser Zeit weitere Deutsche gezeugen gesehen, das Land zu verlassen, und andererseits haben sich weitere Zuwanderer aus Rußischpolen und Galizien in der Wojewodschaft niedergelassen. Es ist, ohne daß zuverlässige Zahlen hierfür angegeben werden könnten, bekannt, daß sich unter den Zuwanderern aus diesen Gebieten auch Deutsche befinden, welche die durch die Abwanderung im Posener Deutschtum entstandenen Lücken bis zu einem gewissen Grade wieder aufgefüllt haben.

Nachstehend soll die zahlenmäßige Stärke des Deutschtums in den vom Deutschen Reich losgetrennten Gebieten der früheren Provinz Posen aufgeführt werden, und zwar nach den Ergebnissen der deutschen Volkszählung von 1910, der polnischen Volkszählung von 1921, der privaten deutschen Zählung von 1926 und der polnischen Volkszählung von 1931. Bei den Zählungen von 1910 und 1931 ist nach der Muttersprache, bei denen von 1921 und 1926 nach dem nationalen Bekenntnis gefragt worden. Es erscheint zweek-

mäßig, die Kreise der Wojewodschaft Posen in zwei Gruppen zusammenzufassen, von denen die eine die nördlichen und westlichen Randgebiete und die andere die übrigen Teile Posens umschließt. Für diese Posener Randkreise liegen folgende Zählungsergebnisse vor:

Kreis	1910	1921	1926	1931	Geſ. Bevölke- rung 1931
Birnbaum . . .	16 012	8 152	4 605	2 992	31 028
Bromberg Stadt	74 292	23 962	11 016	10 648	117 290
Bromberg Land	31 212	19 836	13 281	7 517	58 139
Garnikau . . .	17 273	7 968	5 511	6 273	43 236
Hohenalza Stadt	38 394	12 333	8 455	7 553	34 364
Hohenalza Land	38 394	12 333	8 455	7 553	48 593
Neumar	34 004	19 222	14 246	12 483	44 598
Piſſa	31 023	14 170	9 917	9 814	61 211
Reutomiſchel . .	27 247	18 233	14 801	16 289	87 331
Obornik	22 450	13 267	9 417	7 960	50 388
Ramſiſch	21 842	9 970	6 184	4 812	49 882
Schubin	21 035	13 431	10 193	9 638	47 855
Stary	34 235	19 229	13 486	13 736	68 875
Wollſtein	32 236	13 650	10 380	9 857	47 922
Wongratow . . .	16 303	11 670	8 401	7 039	54 259
Znin	10 906	7 667	5 404	4 738	41 521
Randkreiſe . . .	408 474	213 836	145 345	132 123	884 290

Mehr als zwei Drittel des Deuſchtums der Wojewodschaft Posen entfallen auf die angeführten nord- und weſtpoſenſchen Kreiſe. Von den mittel- und oſtpoſenſchen Kreiſen ſollen nachſtehend nur noch diejenigen aufgeführt werden, die nach der Volkszählung von 1931 mehr als 4 000 Einwohner mit deutſcher Muttersprache zählten. Es ſind dies:

Kreis	1910	1921	1926	1931	Geſ. Bevölke- rung 1931
Gneſen	21 463	9 674	6 222	7 465	87 951
Kreſowſch	15 822	6 343	4 374	5 625	74 496
Kogilne	14 274	9 712	6 628	7 719	89 156
Polen Stadt . . .	65 321	9 352	5 940	6 387	246 470
Polen Land . . .	21 489	9 101	4 687	4 596	91 182
Sanſet	17 071	8 156	5 029	4 709	67 742

In allen übrigen Kreiſen der Wojewodschaft Posen ſind im Jahre 1931 weniger als 4 000 Einwohner mit deutſcher Muttersprache feſtgeſtellt worden. Von 1919 bis 1931 hat das Poſener Deuſchtum faſt drei Viertel ſeines Beſtandes, nämlich 71,5 v. H., verloren; es iſt von 779 339 auf 193 080 Seelen zuſammengeſchmolzen. Der Rückgang iſt beſonders ſtark in den Städten geweſen. Bromberg iſt die Stadt der Wojewodschaft, die noch die meiſten Deuſchen aufweiſt, nämlich 10 648 im Jahre 1931 gegenüber 74 292 im Jahre 1910. Poſen hat bei der letzten Volkszählung 6 387 Deuſche gegenüber 65 321 im Jahre 1910 gezählt. In Gneſen hat es nur noch 678, in Hohenalza nur noch 750, in Dſtowo nur noch 394 Deuſche gegeben. Beſſer hat ſich das Deuſchtum (ebenſo wie in Pommerellen) auch hier auf dem Lande gehalten. Das Poſener Deuſchtum iſt hauptſächlich Landbevölkerung, 148 047 Deuſche haben im Jahre 1931 auf dem Lande und nur 38 646 in den Städten (ohne Poſen-Stadt) gewohnt. Beſſer als im inneren Poſen hat ſich das Deuſchtum in den nördlichen und weſtlichen Randkreiſen behauptet, in denen es noch vielfach eine in geſchloſſenen Siedlungen ſitzende, allein geſeſſene deutſche Landbevölkerung gibt.

Ingeſamt macht das Deuſchtum nach der Zählung von 1931 etwa 10 v. H. der Poſenſchen Geſamtbevölkerung aus. Auf dem Lande beträgt das Deuſchtum 11,7 v. H. und in den Städten 6,3 v. H. der Bevölkerung. In den Landkreiſen Nord- und Oſtpoſens macht es (außer Birnbaum und Ramſiſch) durchweg mehr als 10 v. H., zum Teil mehr als 20 v. H. der Bevölkerung aus (in Klammern ſind die deutſchen Anteile an der reinen Landbevölkerung, alſo ohne die Städte, beigefügt):

Birnbaum	9,7 v. H. (10,4)	Obornik	15,9 v. H. (18,2)
Bromberg Land . .	12,9 v. H. (14,1)	Ramſiſch	9,6 v. H. (8,8)
Garnikau	14,4 v. H. (15,0)	Schubin	20,2 v. H. (24,6)
Hohenalza Land . .	15,6 v. H. (16,4)	Stary	20,6 v. H. (23,7)
Neumar	28,1 v. H. (22,7)	Wollſtein	20,5 v. H. (22,0)
Piſſa	16,0 v. H. (20,0)	Wongratow	13,0 v. H. (14,9)
Reutomiſchel . . .	18,7 v. H. (25,2)	Znin	11,4 v. H. (12,7)

In allen übrigen Kreisen Posen (außer Gnesen-Land) macht das Deutschtum weniger als 10 v. H. der Gesamtbevölkerung aus. Ebenso wie in Pommerellen weist auch das Deutschtum in Posen einen für seine völkische Reinerhaltung gefährlich hohen Frauenüberschuß auf. In der Stadt Posen z. B. gibt es 1600 deutsche Frauen mehr als Männer. In Bromberg übersteigt die Zahl der deutschen Frauen die der Männer sogar um 2000. In der Wojewodschaft gibt es etwa 15 000 deutsche Frauen mehr als Männer. (Es fällt dabei allerdings ins Gewicht, daß bei den deutschen Männern die zum Heeresdienst Eingezogenen nicht mitgezählt worden sind.) Die Ursache eines ungesund hohen Frauenüberschusses vor allem in den größeren Städten bleibt aber bestehen. Die Zahl der Evangelischen hat im Jahre 1931 in der Wojewodschaft Posen 204 087 betragen; sie ist also um 11 000 höher als die der Bewohner mit deutscher Muttersprache gewesen.

Abschließend ist festzustellen, daß die durch die Volkszählung von 1931 festgestellten Zahlen für das Deutschtum der Wojewodschaft Posen Mindestzahlen darstellen. In der Wojewodschaft Pommerellen hat es nach Maßgabe der Zählung von 1931 105 400 Deutsche gegeben. In Posen und Pommerellen zusammen sind damals also rund 300 000 Deutsche festgestellt worden. Im Jahre 1910 hat es 1,1 Millionen Deutsche in den später vom Reiches losgetrennten Teilen der Provinz Posen und Westpreußen gegeben. Es ist in den beiden Wojewodschaften zusammen demnach eine Verminderung des Deutschtums um 800 000 Seelen zu verzeichnen. Dieser Rückgang dürfte das größte Mißtrauensvotum sein, das jemals von einem fremdnationalen Bevölkerungsteil einem Staate erteilt worden ist.

Ein Prozeß um Pilsudski

In Preußisch-Stargard in Pommerellen sollte in diesen Tagen eine interessante Gerichtsverhandlung beginnen. Den Anlaß dazu hat ein im vergangenen Jahre erschienenen Buch von Zembrzej Giertych, „Die Tragik des polnischen Schicksals“, gegeben. Der Verfasser ist derselbe, der vor etwa zwei Jahren unter dem Titel „Hinter dem nördlichen Grenzgürtel“ ein in Polen viel gelesenes Buch über Ostpreußen herausgebracht hat, das in massiver Form die landläufigen polnischen Lügen über den deutschen Nordosten verbreitet. In dem vorliegenden umfangreichen Buch nun hat Giertych, ganz aus der Ideenwelt Roman Dmowski heraus, eine nicht mehr ganz ungewöhnliche Art der polnischen Geschichtsbetrachtung entwickelt. Alle Schuld oder doch die Hauptschuld an allem Unglück, das Polen im Laufe seiner Geschichte erlebt hat, schiebt er jüdischen oder judenfreundlichen Geheimbänden zu.

Er fängt an mit dem Deutschen Orden, von dem er behauptet, dieser habe sich mit solchen judaisierenden Geheimbänden gegen Polen verbündet. Als einen gefährlichen Geheimbändler stellt er sich auch den protestantischen Gelehrten Amos Comenius vor, der durch seine vielseitigen Beziehungen die judenfreundlichen protestantischen Mächte gegen das katholische Polen aufgehetzt habe. Und von den Sassenkönigen meint er, sie hätten überhaupt nur mit Hilfe der Freimaurer über Polen zu herrschen vermocht. Der Zerfall Polens erscheint bei ihm als ein Werk jüdischer Logen, mit denen das allzeit freimaurerische Preußen unter einer Decke gesteckt haben soll. Bemerkenswert ist, daß Giertych auch die vielgerühmten polnischen Aufstände als ein Werk jüdischer Geheimbünde hinzustellen versucht. Kosciuszko bezeichnet er als einen mittelgebauten Mann, der die Heldenverehrung, die ihm zuteil wird, durchaus nicht verdiene; denn er habe seinen Aufstand nicht unternommen, um Polen zu retten, sondern im Dienste der Freimaurerei, die die Aufmerksamkeit Preußens von der französischen Revolution ablenken wollte. Auch der Aufstand von 1831 habe nicht im Interesse Polens, sondern der Freimaurer und Judenfreunde gelegen; und die Triebfeder des Aufstandes von 1863 sei der mit den jüdischen Logen im Bunde stehende Bismarck gewesen. Wenn Polen, so meint Giertych, während der Zeit seiner Staatenlosigkeit nicht nach dem Willen geheimer Mächte, sondern in Uebereinstimmung mit seinem eigenen wohlverstandenen Interesse gehandelt hätte, dann wäre es mit Rußland zusammengegangen

und hätte, wie schon Dmowski gehofft hatte, nicht nur die in Versailles erhaltenen Gebiete, sondern darüber hinaus auch noch Danzig, Königsberg, Dppeln und sogar Breslau gewonnen.

Die Hauptschuld daran, daß dieses Ziel nicht erreicht worden ist, mißt Giertych den Kreisen zu, die, wie Pilsudski, durch ihre Waffentaten die Brücke zu Rußland abbrechen und dadurch verhinderten, daß die ganze Kraft des polnischen Volkes rechtzeitig zum Kampfe gegen den deutschen Erbfeind eingesetzt werden konnte. Pilsudskis Lätigkeit wird von Giertych als „germanophil“ hingestellt; er wird als „ein Werkzeug Deutschlands“ bezeichnet. Seine Legionen werden „eine deutsche Falle“ genannt; der von ihm im Jahre 1920 vom Zaune gebrochene Krieg gegen Rußland wird als „ein großer taktischer Fehler“ bezeichnet, da er Polens Stoßkraft gegen Deutschland geschwächt hat. Pilsudski, das ist der Sinn des ganzen zweiten Teiles des Giertychschen Buches, sei ein Exponent der Freimaurer und — der Deutschen gewesen.

Diese recht drastischen Feststellungen haben für den Verfasser eine Beleidigungsklage zur Folge gehabt. Doch ist der Prozeß, der, wie gesagt, in diesen Tagen in Preußisch-Stargard stattfinden sollte, bis zum Herbst verschoben worden; und das Gericht hat durch eine einstweilige Verfügung die weitere Verbreitung des zweiten Teils des Giertychschen Buches verboten. Die endelischen Kreise haben die Absicht, den gegen Pilsudski und seine Anhänger erhobenen (offenbar als Beleidigung empfundenen) Vorwurf der deutschfreundlichen Gesinnung durch ein Massenaufgebot ihrer führenden Parteigänger beweisen zu lassen. Dadurch aber zwingen sie die Mitarbeiter und Anhänger Pilsudskis dazu, ihrerseits den Beweis dafür zu erbringen, daß sie und ihr Marschall es niemals an der „schuldigen“ Feindschaft gegen Deutschland haben fehlen lassen. Der Staatsanwalt hat den Antrag gestellt, einige der bekanntesten Männer des Pilsudskilagers als Belastungszeugen gegen Giertych vor Gericht zu zitieren. So sollen u. a. die Generale Sosnkowski, Kasprzycki, Sikorski und Tokarzewski, sowie die Obersten Slawek, Dryslor, Koc und Niedzinski, der ehemalige Ministerpräsident Sliwinski und andere Persönlichkeiten des Regierungslagers bezeugen, daß Pilsudski niemals daran gedacht hat, mit Deutschland gemeinsame Sache zu machen. Der Beweis dürfte ihnen zweifelsohne gelingen. Ob der Prozeß tatsächlich durchgeführt wird, steht noch nicht fest. Denn das Thema, an dessen öffentlicher Erörterung die Endeken aus innerpolitischen Gründen stark interessiert sind, ist aus außenpolitischen Gründen für die Regierungskreise recht peinlich.

Dr. Karl Kramarsch †

Am 26. Mai herb in Prag im 76. Lebensjahr der bekannte tschechische Politiker Dr. Karl Kramarsch. Hinsichtlich seiner Einstellung zu Deutschland und Rußland nahm Kramarsch im tschechischen Lager eine ähnliche Stellung ein wie Roman Dmowski im polnischen. Wodurch veranlaßt war eine Charakteristik dieses Politikers, die dem Buche von Kuboff Jung „Die Tschechen. Tausend Jahre deutsch-tschechischer Kampf“ entnommen ist. Wir kommen in einer der nächsten Nummern des „Völkland“ noch ausführlich auf diese wichtige Neuerscheinung des Volk und Reich-Verlages zurück.

Dr. Karl Kramarsch wurde am 27. Dezember 1860 in Bysoka an der Iser geboren. Unter allen tschechischen Politikern von Rang war er der einzige, der aus großbürgerlichen Verhältnissen stammte. Daher wohl auch seine Ablehnung des Bündnisses mit dem Bolschewismus, die er nur mit wenigen seines Volkes teilte. Jedem falls war der 76jährige in dieser Hinsicht ein politischer Einzelgänger. Er unterschied sich allerdings auch rassistisch vom Durchschnitt der Tschechen. Er stellte mit seiner hohen Gestalt und seinem viereckigen Kopf einen fälschlichen Typ dar. Kramarsch ist gleichbedeutend mit dem deutschen Namen Kramer oder Krämer. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Familie vor mehreren Geschlechterfolgen deutsch war.

Unser Freund war er nicht, vielmehr das Gegenteil. Aber wir schätzen an ihm eine Eigenschaft, die untschedschisch ist: seine Offenheit und Geradheit in Fragen des deutsch-tschechischen Verhältnisses. Kramarsch heuchelte nicht. Er sagte unumwunden, daß die Deutschen nichts zu erwarten haben.

Vor dem Kriege war er ein begeisterter Russenfreund und Pan-slawist, erstrebte er die Vereinigung aller Slawen unter russischer Schirmherrschaft. Demokrat im Sinne eines Masaryk oder Benesch war Kramarsch nie. Für die neuen Anschauungen, die unter dem Einfluß des demokratischen Wesens und des bolschewistischen Ostens sich in seinem Volke ausbreiteten, hatte er nur Geringschätzung und offene Abneigung übrig. Freilich war er nicht zuletzt aus diesem Grunde vereinsamt.

Während des Krieges war er zusammen mit Dr. Kasin, der 1923 einem politischen Attentat zum Opfer fiel und so ungewollter Urheber des berühmten Gesetzes zum Schutze der Republik wurde, von einem Militärgericht zum Tode verurteilt worden. Die von einem Militärauditor tschechischer Volksgugehörigkeit vertretene Anklage lautete auf Hochverrat. Man befand sich im Kriege. Im Frieden hätte und hat Oesterreich weder einen Kramarsch noch einen anderen Politiker wegen noch so enger Beziehungen zu fremden Regierungen verfolgt. Das blieb erst der „demokratischen Republik“ vorbehalten. Kramarsch richtete ein Gnadengesuch an den Kaiser. Das hätte er nicht tun sollen. Hierin lag die offenkundige Bruchlinie auch seines Wesens. Er, der sonst so Hart, wurde schwach im Angesicht des Todes. Franz Josef begnadigte den Verurteilten zu schwerem Kerker; Kaiser Karl der Schwankende gab ihm die Freiheit. Seine Reise in die Heimat glückte einem Triumphzug. Der „König von Böhmen“ kehrte heim.

Zehn Jahre später warfen die politischen Gegner Kramarsch sein Gnadengesuch vor. Dazu waren sie nicht befugt, denn keiner von ihnen hätte anders gehandelt. Das aber stand in Zusammenhang mit der Streitfrage, ob die Inlands- oder Auslandsrevolution mehr für die Befreiung der Nation getan habe, mit anderen Worten, ob Masaryk und Benesch oder Kasin und Kramarsch die Schöpfer des Staates waren. Der Streit wurde zugunsten der Auslandsrevolutionäre entschieden und Kramarsch nun immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Es war aber auch ein weltanschaulicher Kampf innerhalb des Tschechentums um die Frage: westliche Demokratie oder Böhmisches Staatsrecht, der zugunsten der Demokratie entschieden wurde; wobei allerdings diese Demokratie sich eine Vermählung mit dem Böhmisches Staatsrecht gefallen lassen mußte und jener „dritte Typ der Demokratie“, als welchen Hodza die tschechische bezeichnet, entstand. Für demokratischen Zieleinsatz hatte Kramarsch kein Verständnis. Wenn schon Böhmisches Staatsrecht, dann lieber gleich in Verbindung mit der Heiligen Wenzelskrone als mit dem Zylinder oder gar mit dem Demagogenhut.

Nie hat Kramarsch es vermeiden können, daß gerade er als Ministerpräsident den anderen, den westlich Orientierten, „Abtrünnigen“, den Angehörigen der lächerlich kleinen Realistenpartei, zum Staatsoberhaupt vorschlagen mußte. Die Ironie der Weltgeschichte wollte es, daß Masaryk, der Gemäßigte, der „Realist“, dazu ausersehen war, Oesterreich zu zerschlagen, während der Pan-slawist und „Hochverräter“ Kramarsch nach Errichtung des tschechischen Staates nicht einmal die völlige Lösung aller Bindungen der sich bildenden Nationalstaaten wollte. Wirtschaftlich wenigstens sollten sie beisammen bleiben. Die Mitteleuropapläne Hodzas, die eine engere wirtschaftliche Bindung der Nachfolgestaaten Mitteleuropas vorsehen, stellen im wesentlichen ein Zurückgreifen auf die Absichten und Ziele des Dr. Kramarsch dar. Selbstverständlich spielte bei diesem wie nunmehr bei Hodza die Furcht vor dem Deutschen Reich die Hauptrolle. Daher: Das politische Oesterreich ist tot! Es lebe das wirtschaftliche! Um so mehr, als es unter dem politischen Einfluß der Kleinen Entente, vor allem Prags, stünde.

Er sehr Kramarsch das Rußland des Zaren liebte, so wenig liebte er das rote Rußland Stalins. Das ist nicht mehr das „slawische Mütterchen“ nach seinem Geschmack, und es ist begreiflich, daß er den neuen außenpolitischen Kurs des Staates scharf bekämpfte.

In seinem Deutschenhaß, in seiner brutalen Energie ähnelte er den beiden Franzosen Clemenceau und Poincaré. Gleich jenen war er der Anschauung, daß es zuviel Deutsche auf der Welt gäbe. Wenn er schon die dreieinhalb Millionen, über welche der Tschechenstaat gebietet, nicht beseitigen konnte, so sollten sie wenigstens gebändigt und eingeschüchtert werden. „Gewalt, nur nicht verhandeln“, war sein ständiges Lösungswort. Als erster Ministerpräsident hatte er dem neuen Staate die Richtung gewiesen. Ein Staat der Tschechen sollte er werden und — ist er geworden.

Aktive und passive Grenze

Daß der Weltkrieg nicht durch den Sieg der Waffen entschieden wurde, darf nicht dazu verleiten, der politischen Inerte und der inneren Zersetzung des deutschen Volkes allein die Schuld an seinem Ausgang zu geben. Hätte das Reich vor dem Kriege neben der militärischen eine gleichwertige volkspolitische Erziehung gehabt, dann hätte wohl manches von dem, was 1918 bis 1921 geschehen ist, vermieden werden können. Die östlichen Nachbarn, vor allem die Tschechen und Polen, hatten damals vor dem deutschen Volke zweifellos das eine voraus, daß sie auf eine langjährige Aktivierungsarbeit ihres Volkstums zurückblicken konnten, als ihnen das große Landerbe zufiel. Daß aus dieser Tatsache selbst während des ersten Jahrzehnts nach Versailles deutscherseits in bezug auf die eigene volkspolitische Aktivierung nur wenig gelernt worden ist, läßt sich in besonders eindringlicher Weise an der bayerisch-böhmischen Grenze und an der Haltung ihrer beiderseitigen staatlichen Anlieger ablesen. Auf der einen Seite ballte der Tschechenstaat seine Kräfte zusammen, um das Ziel seiner chauvinistischen Vorkämpfer zu erreichen: die neue Staatsgrenze auch zur Volksgrenze werden zu lassen, ein Ziel, das nach Westen bisher an einer Stelle erreicht worden ist, nämlich dort, wo mit der Tschechisierung der einst rein deutschen Stadt Budweis ein Keil geschlossenen tschechischen Volksbodens bis zur Further Senke vorgetrieben worden ist. Auf der anderen, der bayerischen Seite aber war nicht einmal der Schatten einer Abwehr zu spüren. Die Ostmark Bayerns, einst ein volkspolitisch aktives Gebiet, dann durch lange Kriegsjahre erschöpft, schlief im Königreich Bayern einen hundertjährigen Schlaf. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts war in ihr das Bewußtsein erstorben, daß drüben, jenseits der österreichischen Grenze, auch alter bairischer Volksboden liegt. Das Denken des kleindeutschen Reiches war festgefahren in der formalen Starre des staatlich Ergebenen; und es wurde dadurch mitschuldig daran, daß in Böhmen seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wichtige Außenposten des Gesamtdeutstums verloren gingen. Während in Ostpreußen und Schlesien, in der Grenzmark Posen-Westpreußen, in Kärnten und in Burgenland unter dem Eindruck des Zusammenbruches ein neues, einigabereites Grenzlanddeutstum erwachte, blieb der bayerische Osten untätig und abseits. Die damals maßgebenden Kreise beruhigten sich bei dem Gedanken, daß das Deutsche Reich an dieser Stelle ja kein Land verloren hatte; daß aber der sudetendeutsche Raum verschachert worden war, schien diesen Kreisen zwar beklagenswert, aber doch „nur eine österreichische Frage“ zu sein. So blieb auch nach 1918 die bayerische Ostgrenze völlig passiv. Es wurde dort nicht nur auf jeden Gegenangriff, sondern selbst auf die Abwehr verzichtet. Abwanderung, Verkehrschwäche und Wirtschaftsnot waren die Folgen. Es lohnt, sich einige Tatsachen ins Gedächtnis zu rufen, die die aktive Grenzhaltung drüben und die passive hüben beleuchten.

Die tschechische Regierung hatte sich am 10. September 1919 zwar den alliierten und assoziierten Mächten gegenüber vertraglich verpflichtet, niemals Sondergesetze gegen die nichttschechischen Volksteile ihres Hoheitsbereiches zu erlassen. Das hinderte sie jedoch nicht daran, durch Maßnahmen, die im Grenzzoneengesetz von 1936 ihre Krönung fanden, das Sudetendeutstum praktisch rechtlos zu machen und ihm seine wirtschaftlichen Existenzgrundlagen zu nehmen. Volkspolitische und militärische Maßnahmen ergänzten einander. Wie überall in diesem Staate, so auch an der böhmisch-bayerischen Grenze: Wehrbauten, betonierte Straßen, Plattformen und Stellungen wurden bis an die Staatsgrenze vorgetrieben; Flugplätze wurden gebaut. Der Raum vor der bayerischen Grenze wurde in eine Sappe verwandelt, die dazu bestimmt war, Deutschland an seiner schmalsten Stelle, an seiner „Schwächelinie“, die von der Further Senke nach Weisenburg im Elsaß verläuft, zu bedrohen. Zu gleicher Zeit wurde die nationale Ueberfremdung des vor der bayerischen Ostgrenze liegenden deutschen Vorfeldes, des Egerlandes und des Böhmerwaldgaaues, mit Hochdruck betrieben. Das Vorfeld wurde mit „sicheren“, tschechischen Elementen durchsetzt. Eine neue verwaltungsmäßige Aufstellung der Bezirke sorgte dafür, daß das Deutstum in möglichst zahlreichen Bezirken, besonders an der Sprachgrenze, in die Minderheit geriet, was dann die „gesetzliche“ Handhabe für allerlei Unterdrückungsmaßnahmen, vor allem hinsichtlich des Sprachenechts, bot. Ein Heer von tschechischen Beamten wurde in das sudetendeutsche Gebiet importiert; die örtliche deutsche

Verwaltung wurde beseitigt. Durch die Bodenreform wurden weite Landstriche aus deutschen in tschechischen Besitz hinübergespielt. Die Verstaatlichung der Wälder machte zahlreiche Deutsche arbeitslos, überantwortete sie der wirtschaftlichen Not oder lieferte sie der unmittelbaren Einwirkung der entnationalisierenden tschechischen Druckmittel, vor allem auf dem Gebiet der Schulpolitik, aus. Unzählige andere Maßnahmen, die Verstaatlichung der Privatbahnen, die Nichtaufwertung der Kriegsanleihe, der planmäßige Einfluß des tschechischen Fremdenverkehrs usw., kamen hinzu. Und all diese Maßnahmen richteten sich gegen ein Gebiet, in dem vor 1914 der nichtdeutsche Anteil der Bevölkerung fast nirgends über 10 v. H. hinausging, das als Teil Sudetendeutschlands am 12. November 1918 durch Beschluß der Wiener Nationalversammlung zu einem Bestandteil Deutsch-Oesterreichs erklärt worden war, und das damals lediglich deshalb der Tschecho-Slowakei zugeteilt wurde, weil diese zu den — Siegern des Weltkrieges gehörte.

Auf der reichsdeutschen, bayerischen Seite war alles ganz anders. Da es hier innerhalb des Staatsgebietes keine fremden Volksgruppen gab, hielt man es nicht für nötig, die völkischen Kampfkräfte der Grenzbewohner zu wecken. Die damals maßgebenden Kreise der bayerischen Verwaltung waren nicht dafür zu gewinnen, diesen östlichen Grenzsaum volkspolitisch zu aktivieren. Im Gegenteil: Die damals herrschenden Kreise schienen darauf bedacht zu sein, jeden frischen kämpferischen Zug von diesem Gebiet fernzuhalten und es in der dumpfen Atmosphäre einer ausgesprochenen Friedlerherrschaft zu halten. Mit der Wirtschaft ging es zusehends bergab. Mit den Geldern der Osthilfe wurden Kirchen gebaut, während die Schulen verfielen. Der das Wirtschaftsleben beherrschende Rentabilitätsgedanke schrieb die verkehrsfernen Gebiete des bayerischen Ostens als nicht konkurrenzfähig von der Altweise der deutschen Volkswirtschaft ab. In verkehrspolitischer Beziehung wurde nichts getan oder nur völlig Unzureichendes unternommen. Das Ergebnis war, daß die Industrie verfiel und lohnendere Standorte suchte, daß Holz und andere Waren von Deutschland eingeführt wurden, während die Naturkräfte des bayerischen Grenzgebietes ungenützt blieben. Das dörfliche Schulwesen, das eine Art „Bisitenkarte“ des Reiches gegen Osten hätte sein müssen, verkrümmerte. Es kam einer militärischen Selbstausgabe gleich, als 1927 dem Wehrverbotsabkommen zugestimmt wurde, nach dem im gesamten östlichen Grenzsaum keine Befestigungsanlagen mehr unterhalten und gebaut werden durften, so daß ein Glacis entstand, das den gerüsteten Nachbarn im Ernstfalle zur Befestigung geradezu herausfordern mußte. Auch für den Fremdenverkehr wurde nichts unternommen; spärliche Werbeversuche blieben, da sie bei den verantwortlichen Stellen kein Echo fanden, in den Anfängen stecken.

Das ist heute anders geworden. An der Grenze ist ein einheitlich verwaltetes Gau-gebiet entstanden, dessen Dreiecksform die Grenzlinie von Hof bis Passau zur Basis hat. Unter dem Namen „Bayerische Ostmark“ bildet es einen der größten Gaus des Reiches mit 27 000 Quadratkilometer Fläche, 400 Kilometer Reichsgrenze und 2 Millionen Einwohnern. Planmäßiger und organischer Neuaufbau im Wirtschaftlichen und Kulturellen ist Aufgabe dieses Grenzgaues, Stärkung des Grenzbewußtseins seine Wirkung. Mit der verkehrspolitischen Erschließung, der wirtschaftlichen Stützung, der Förderung des Siedlungswesens, dem Ausbau eines zeitgemäßen Bildungswesens trägt das neue Deutschland die Schuld ab, die das Zweite und das Zwischenreich diesem von ihnen vergessenen Grenzgebiet gegenüber auf sich geladen hatten. Darüber hinaus wird dafür gesorgt, daß das deutsche Volk von der bayerischen Ostmark als einem Grenzland erfährt, das eine doppelte politische Aufgabe hat: den Norden und Süden des Reiches aneinanderknüpfen und an der schmalsten Stelle des Reiches die Wacht gegen den russisch-bolschewistischen Osten zu halten. Es wird weiter dafür Sorge getragen, daß das deutsche Volk dieses Grenzgebiet seiner landschaftlichen Schönheit wegen als ein lohnendes Reiseziel kennenlernt, daß es die vielgestaltigen Erzeugnisse seiner Heimindustrie und seines sonstigen Gewerbesleißes kauft, seinen Menschen Arbeit und Brot und damit letzten Endes die Gewißheit gibt, in der Heimat bleiben zu können. Eines vor allen soll nie vergessen werden: Als die Wallalla erbaut wurde, um mit ihr den Großen des deutschen Geistes eine Ruhmeshalle zu geben, da wurde sie dort, im Süden der heutigen Bayerischen Ostmark, errichtet, weil sie „im Herzen der deutschen Gauen“, inmitten Deutschlands

Offland-Chronik

Szymanowski-Feier in Berlin

Das (Deutsche) Polnische Institut in Berlin veranstaltete am 10. Mai d. J. eine Feier zu Ehren des polnischen Komponisten Szymanowski. In der Feier nahmen geladene Gäste teil, vor allem in Berlin lebende Polen. Als Ausführende traten auf das Berliner Philharmonische Orchester und drei Künstler bzw. Künstlerinnen aus Polen. Die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg hob in ihrem Bericht über die Feier hervor, daß Berlin als erste Kunststadt Europas dem polnischen Komponisten eine Würdigung zuteil werden ließ, wie sie Szymanowski in seinem eigenen Vaterlande bisher noch nicht im entferntesten erfahren hat. Es ist vielleicht nicht überflüssig hinzuzufügen, daß diese Bemerkung des Bromberger Blattes nicht als ironische Kritik an Berlin bzw. an der genannten Gesellschaft gemeint war.

Deutschnationale Selbstauflösung in Danzig

Am 14. Mai hat eine Delegiertenversammlung der „Deutschnationalen Volkspartei“ einstimmig deren Auflösung beschlossen. Mit dem 31. Mai d. J. hat somit diese Partei auch im Gebiet der Freien Stadt Danzig aufgehört zu bestehen. In den Ansprachen, die auf der Tagung gehalten wurden, ist von den Rednern festgestellt worden, daß die Selbstauflösung der Partei sich logischerweise aus der Tatsache ergebe, daß die Ziele, die die Partei verfolgt habe, zwar nicht von ihr selber, aber von der NSDAP in die Tat umgesetzt worden sind. Der Auflösungsbeschuß ist von den 65 anwesenden Delegierten einstimmig gebilligt worden. Dieser Schritt ist nicht mehr unerwartet gekommen, nachdem sich die Reste der Deutschnationalen, die eine Zeit lang in heftiger Opposition zur nationalsozialistischen Staatsführung gestanden hatten, in letzter Zeit eine weitgehende Zurückhaltung auferlegt hatten, nachdem Senatpräsident Greifer seinen Amtsvorgänger, den Deutschnationalen Dr. Ziehm, in einem herzlichen Schreiben zu seinem 70. Geburtstag beglückwünscht hatte und nachdem kürzlich die deutschnationale Fraktion im Danziger Volkstag der Verlängerung der Geltungsdauer des Ermächtigungsgesetzes bis 1941 zugestimmt hatte. Mit der Selbstauflösung dieser Partei ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Einheit der Deutschen in Danzig getan und

haben sich manche Hoffnungen gewisser ausländischer Kreise auf eine Vereinerung der innerstaatlichen Schwierigkeiten der Freien Stadt als Träumereien erwiesen. Gauleiter Forster hat in einem aus diesem Anlaß an die Danziger Nationalsozialisten gerichteten Aufruf seiner Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß binnen kurzem auch die Deutschen in Danzig, die heute noch den Parolen volks- und staatsfeindlicher Parteien folgen, in die Volksgemeinschaft unter nationalsozialistischer Führung heimfinden werden. Er hat dem Führer und Reichskanzler von dem Auflösungsbeschuß der „Deutschnationalen Volkspartei“ telegraphisch Meldung erstattet.

Polnische Sorgen um den Fremdenverkehr

Der Krakauer „Mlustrowany Kurjer Godzienny“ veröffentlichte vor kurzem einen Artikel über den Fremdenverkehr in Polen, in dem er die „Freunden“, die einen Ausländer in Polen erwarten, sehr freimütig charakterisierte: „Wir glauben, daß die Fremden, wenn sie in Zakopane weilen, nichts anderes als die Latra, den Schnee und die Gebieglerschlitten sehen. Dabei aber spielen sie auch auf den abscheulichen Unterbau der Willen. Wir freuen uns, daß sie in den Bialowieser Urwald gefahren sind; sie dagegen erinnern sich nach ihrer Rückkehr mit Grausen der Nacht, die sie in dem dortigen einzigen und wahrhaft unheimlichen Hotel zugebracht haben. . . Eine Fahrt auf den polnischen Wegen und das Schlafen auf einer Gefängnispritsche, die man in unseren Pensionaten als Bett bezeichnet, kann man keinesfalls als etwas Angenehmes betrachten.“ Es folgen dann einige Sätze, von denen man zugeben wird, daß sie nicht allein für das Gebiet des Fremdenverkehrs in Polen Geltung besitzen: „Es gibt keine gefährlichere Form der Vaterlandsliebe, als die Schaffung einer künstlichen Atmosphäre und einer bewußten Verblendung. Es gibt keine schlechtere Methode, als die irtige Ueberzeugung zu pflegen, daß alles so ist, wie es sein muß, während es in Wirklichkeit ganz anders sein könnte. Es gibt kein verderblicheres System als die Fesselung jeglicher Kritik, als den Zwang zur Heuchelei, als die Abstempelung leerer Phrasen

mit dem patriotischen Stempel, als die Pflicht zur unaufrichtigen oder gedankenlosen Anbetung alles dessen, was unser und bodenständig ist. Dieses System aber ist jetzt allgemein geworden. Die künstliche Entfaltung des Chauvinismus ist epidemisch geworden.“ Es wird dann festgestellt, daß Polen gar nicht in der Lage ist, das zu halten, was seine Auslandspropaganda den Fremden verspricht. „Weder das Aussehen des Landes noch seine Wege, weder die Einrichtungen noch die Hotelwirtschaft, auch nicht die Kunst, mit Fremden umzugehen, stehen bei uns in irgendeinem Verhältnis zum Westen.“ Es wäre besser gewesen, heißt es dann weiter, wenn man die Mittel, die man für die Auslandspropaganda hinausgeworfen hat, für die Herstellung ordentlicher Zustände im eigenen Lande eingesetzt hätte: „Sehen wir uns einmal die Kuroette an der Küste an. Was wir dort sehen, haben wir selbst geschaffen. Auf uns allein fällt die Verantwortung dafür zurück, wie es dort aussieht. Auf der einen Seite Gebäude und Einrichtungen, die unsere Möglichkeiten und Erfordernisse überschreiten, auf der anderen Seite eine Primitivität, die sogar den einfachsten Anforderungen nicht genügt. Die Umgebung einiger Villen und Pensionate, die Straßen, die zu ihnen führen, die Inneneinrichtung, das alles ist doch einfach beschämend! Unordnung, Niederlichkeit, keinerlei Konsequenz im Bauwesen, kein Schönheitsempfinden! Und wenn es wenigstens billig wäre! Aber keine Rede davon! Was ist denn bei uns billig? Die Artikel des ersten Bedarfs. Die sind allerdings konkurrenzlos billig. Alles aber, was diesen ersten Bedarf übersteigt, ist ebenso teuer, wennmöglich noch teurer als jenseits der Grenzen. Dasselbe ist von den Hotels und Pensionaten zu sagen.“ Den Schluß des Artikels bildet eine wirklich beherzigenswerte Erkenntnis: „Solange unser Volk in seinem privaten Leben nicht diejenigen Gewohnheiten und Notwendigkeiten annimmt, die der ganze zivilisierte Westen hat, werden die Werte unseres Landes als eines für die Touristik geeigneten Landes illusorisch bleiben.“

Die kaschubische Frage

Die „Gazeta Polska“ hat sich in ihrer Nummer vom 16. Mai mit der kaschubischen Frage befaßt. Es sei schwer, so heißt es da u. a., eine Antwort auf die Frage zu geben, in welcher Richtung die Sympathien der Kaschuben

gehen. Die ältere kaschubische Generation bediene sich zwar im täglichen Leben ihrer kaschubischen Mundart, im gesellschaftlichen Leben aber ziehe sie es überwiegend vor, sich „einer verunstalteten deutschen Sprache“ zu bedienen. Man könnte, so heißt es dann weiter, daraus folgern, daß die kaschubische Bevölkerung damit die Ueberlegenheit der deutschen Kultur anerkenne. Auch sei in der älteren Generation, die deutsche Schulen besucht hat, noch der Nimbus der deutschen Macht und der „teutonischen Größe“ lebendig. Glücklicherweise aber sei diese Generation im Aussterben begriffen. Um die kaschubische Jugend, auf die es ankomme, für das Polentum zu gewinnen, hält die „Gazeta Polska“ eine auf die kaschubischen Eigenarten Rücksicht nehmende Behandlung für nötig. Der Kaschube, so schreibt sie, sei vorsichtig und mißtrauisch; er lasse sich durch Machtäußerung imponieren; seine Sympathie neige leicht zu der Seite, die ihm die größeren wirtschaftlichen Vorteile biete; der deutsche Unternehmungs- und Organisationsgeist mache Eindruck auf ihn. Polen müsse daher in den kaschubischen Kreisen wirtschaftlich stark in Erscheinung treten, um nicht nur das Gebiet, sondern auch die Seele der Bevölkerung zu besitzen.

Das Bemerkenswerte an diesem Artikel der „Gazeta Polska“ ist, daß in ihm die sonst gern geleunete Existenz einer kaschubischen Frage in Polen anerkannt wird. Der Artikel bestätigt, daß das Polentum in den kaschubischen Kreisen gewissen, in der Eigenart der kaschubischen Bevölkerung begründeten Schwierigkeiten begegnet. Die Sympathie der Kaschuben für Deutschland wird als eine nicht abzuleitende Tatsache, die der polnischen Gegengewicht bedürfe, behandelt. Die naheliegende Schlussfolgerung, daß die der polnischen Arbeit in der Kaschube entgegenstehenden Schwierigkeiten auf der völkischen Besonderheit der Kaschuben gegenüber den Polen beruhen, zieht die „Gazeta Polska“ aus ihren Beobachtungen allerdings nicht. Und sie spricht demgemäß auch nicht darüber, daß die heutigen polnischen Bemühungen um die Polonisierung der Kaschuben nichts anderes sind, als die letzte Phase eines Kampfes, den Polen seit fast einem Jahrtausend gegen das nichtpolnische Westslawentum führt.

Wohnsiedlung in Westoberschlesien

Das oberschlesische Industriegebiet mit seinen drei Städten Beuthen, Gleiwitz und

Hindenburg ist aus mancherlei Gründen, unter denen vor allem die Auswirkungen der unglücklichen Grenzziehung von 1922 zu nennen sind, in bezug auf seine Wohnverhältnisse ein besonderes Sorgenkind der deutschen Sozialpolitik. Seit der Nachtergreifung ist für die Besserung der (vor allem in der Arbeiterstadt Hindenburg) sehr ungünstigen Wohnverhältnisse bereits manches geschehen. Ein ganz bedeutender Fortschritt ist im vergangenen Jahre erzielt worden. Es sind im Industriegebiet nicht weniger als 3 200 neue Wohnungen geschaffen worden. Es sind ausgedehnte neue Siedlungen aus Ein- und

Mehrfamilienhäusern und Gefchoßbauten entstanden. Im ganzen haben etwa 15 000 Menschen aus überfüllten und unschönen Wohnungen in diese neuen, gesunden Wohnbauten umgesiedelt werden können. Die im Industriegebiet tätigen gemeinnützigen Bauingenieurwissenschaften und -gesellschaften haben für den Wohnungsbau 1936 mehr als 12 Millionen RM. ausgegeben. An der Förderung der Bautätigkeit haben sich auch die großen Industrieerwerke maßgeblich beteiligt. Die Deutsche Arbeitsfront hat im letzten Jahre in Gleiwitz und Hindenburg etwa 460 Arbeiterwohnungen errichtet.

Bücher über den Osten

Die Posener Polen von 1845—1914. Ein Jahrhundert großpolnischer Ideengeschichte. Auf Grundlage polnischer Quellen. Von Dr. Richard Perdelwiz. Sonderheft der „Grenzmärkischen Heimatblätter“, 1936. Vertrieb durch die Comenius-Buchhandlung, Schneidemühl. 128 Seiten. — Perdelwiz setzt in seiner interessanten Darstellung die Kenntnis der äußeren Vorgänge der preußischen Politik im wesentlichen als vorhanden voraus. Er beschäftigt sich mit den polnischen Reaktionen auf diese Politik, die freilich vor allem in der letzten Vorkriegszeit so lebhaft wurden, daß sie dem Staate das Geheiß des Handelns vorschrieben. Er stützt sich in seiner Arbeit auf das Studium der wesentlichsten polnischen Literatur über die politische Ideengeschichte der Posener Polen. Das Thema ist nicht nur historisch interessant. Wer in der Gegenwart volkspolitische Arbeit im Osten leisten will, kann das nicht ohne die Kenntnis der materiellen und vor allem der geistigen Kräfte tun, die die 100 Jahre vom Wiener Kongreß bis zum Weltkrieg mit einem Klammer für die deutsche Seite abschließen ließen. Es bleibt vor allem immer wieder nützlich, zu beobachten, daß durch jede soziale, wirtschaftliche und geistige Hilfe, die von deutscher Seite dem volkspolitischen Gegner geleistet worden ist, letzten Endes immer erreicht worden ist, daß diesem Gegner wirksamere Waffen in die Hand gegeben wurden. Es hätte den Wert der Arbeit gesteigert, wenn im letzten Kapitel, das sich mit der Gegenwart befaßt, die Parallelität der polnischen Arbeitsmethoden von heute mit denen der Vorkriegszeit noch deutlicher und überzeugender herausgearbeitet worden wäre.

Dr. R.

Das Wunder an der Weichsel. Von Agricola. Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg i. O. 1937. 100 Seiten. Preis kartoniert 2,80 RM., Leinen 3,60 RM. — Der volle Titel des Einbandes lautet: „Das Wunder an der Weichsel. Polens schwerste Stunde. Die erste Rettung Europas vor dem Bolschewis-

mus“. Es fällt schwer, diese Anhäufung schwülstiger Redensarten sofort zu verbauen. Sie hat aber das eine Gute, daß man von vornherein mit dem notwendigen inneren Abstand an den Inhalt des Buches herantritt. Das Buch ist, wie einleitend vermerkt wird, auf Grund von Tagebuchaufzeichnungen eines russischen Generalstabsoffiziers abgefaßt worden, der, ein ehemaliger zaristischer Offizier, den Feldzug gegen Polen mitgemacht hat und später ins Ausland gegangen ist, wo er vor einiger Zeit gestorben sein soll. Der Name wird merkwürdigerweise nicht genannt. Es wäre wahrscheinlich besser gewesen, wenn sich der Bearbeiter damit begnügt hätte, die Tagebuchaufzeichnungen möglichst unverändert zu bringen, und wenn er darauf verzichtet hätte, die Ereignisse, die sich auf polnischer Seite abgespielt haben, so weit auszuspinnen. Denn wie der Feldzug von 1920 von polnischer Seite gesehen wird, ist in Deutschland durch eine Reihe deutschsprachiger Veröffentlichungen in der Hauptsache bekannt. Was an dem Buch interessiert, ist daher im wesentlichen nur das, was über die Rote Armee und ihre Führer mitgeteilt wird, vor allem das letzte Kapitel, das die Frage der Schuld am Zusammenbruch des roten Angriffes auf Warschau behandelt. Der Ton der politischen Reportage, der mehrfach angeschlagen wird, ist geeignet, Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Darstellung zu wecken. Doch vermittelte das Buch im ganzen einen richtigen Ueberblick über die Hauptphasen des Krieges, ohne auf strategische und sonstige Streitfragen einzugehen, wie sie Viszubi in seiner Arbeit über dasselbe Thema eingehend behandelt.

Dr. R.

Schlesien spricht zu uns durch seine Dichter. Von Hans Buchholz. Verlag Priebeatsch's Buchhandlung, Breslau 1937. 67 Seiten. Heft 6 der Schriftenreihe „Ostmark, Du Erbe meiner Väter“. Preis 1,— RM. — Die Arbeit Buchholzs wendet sich an die Jugend. Aber sie vermeidet den Fehler, der leider viele

für die Jugend bestimmte Schriften kennzeichnet: oberflächlich zu sein. Sie bietet in knapper und anschaulicher Form einen Ueberblick über die Literaturgeschichte Schlesiens, allerdings nur des Gebietes, das die heutigen schlesischen Provinzen umfaßt, nicht des ganzen schlesischen Stammesgebietes. Ein Verzeichnis, das etwa 120 schlesische, im Text erwähnte Dichternamen umfaßt, kennzeichnet den Reichtum der schlesischen Beiträge zur germanischen Literatur, für die Schlesien mehrmals, zur Zeit der schlesischen Dichterschulen, zur Zeit der Romantik und zur Zeit des Realismus, bahnbrechend war. Wenn Ergänzungen zu der Zucholdischen Schrift verlangt werden sollen, dann in zweifacher Hinsicht: 1. hätte der ober-schlesische Anteil stärker herausgearbeitet werden sollen, und 2. hätte die Uebersicht bis auf den heutigen Tag fortgeführt werden sollen, da die Gegenwart gerade für Ober-schlesien eine starke Belebung des dichterischen Schaffens erkennen läßt. Es ist zu hoffen, daß eine Neuauflage dieser brauchbaren und dankenswerten Schrift diese beiden Punkte berücksichtigen wird und vielleicht auch über die schlesischen Provinzengrenzen hinaus einige Blicke auf das literarische Schaffen der jenseits dieser Grenzen liegenden schlesischen Stammesgebiete werfen wird. Dr. K.

Von Bosniaken und Twarzys. Das Leben ihres Generals Heinrich Johann Freiherr von Günther (1736—1803). Von Max Dufner-Greif. Verlag Hans von Hugo und Schlottheim, Berlin 1937. 163 Seiten. — Einem preussischen General, der aus der Schule Friedrichs des Großen hervorgegangen ist, wird in dieser interessanten Schrift ein verdientes Denkmal gesetzt. Der von dem großen König in den Abolistan erhobene Feldpredigersohn aus Neutruppin hat sich als Schöpfer der leichtesten Reiterrei des preussischen Heeres, der Bosniakentruppe, der Vorläuferin der Schwarzen Husaren, einen bleibenden Platz in der preussischen Heeresgeschichte erworben. Als Kommandeur der in Maßuren garnisonierten Truppe hat er eine in nationalpolitischer Hinsicht interessante Rolle gespielt. Mit seinem Namen ist zum guten Teil auch die Sicherung Südpreußens gegen den Aufstand Kosciuskos verbunden. Er hat als ein Heerführer, der auch den Polen Südpreußens mit unbedingtem Gerechtigkeit gegenübertrat, dem preussischen Namen Ehre gemacht und die Achtung seiner Begner gewonnen. Aus einer national gemischten Mannschaft hat er, der sich unermüdet um die kleinsten Angelegenheiten des Dienstes und um das Wohl seiner Untergebenen sorgte, eine schlagkräftige und von preussischem Bewußtsein erfüllte Truppe gemacht. In den Kämpfen mit dem polnischen Aufständischen hat er mit schwachen Kräften gegenüber weit überlegenen Gegnern den Ruhm, den Friedrich der Große an die preussischen Kähnen geknüpft hatte, gerechtfertigt. In Lodzogn im späteren Kongresspolen ist er beiseite geworfen; von dort hat man seine Gebeine im Jahre 1830 nach Lyck überführt. Die Bevölkerung Ostpreußens hat mit Liebe und Verehrung an dem Reitergeneral

gehangen, dessen körperliche Ähnlichkeit und geistlich-charakterliche Verwandtschaft mit Friedrich dem Großen so auffällig war, daß ihn die Legende zu einem natürlichen Sohn des Königs, der als Kronprinz längere Zeit in Neutruppin zugebracht hatte, gemacht hat. Martin Dufner-Greif hat die spärlichen Erinnerungen an den General, dessen Aufzeichnungen und Tagebücher seiner letztwilligen Verfügung entsprechend im Naren verstreut wurden, zu einer interessanten und einfühlenden Schrift zusammengestellt, die den „Reiz des Geheimnisvollen und Sonderbaren“ bewahrt, das die Gestalt dieses preussischen Offiziers umgibt. Dr. K.

Kleiner deutscher Geschichtsatlas. Von Alfred Pudewko und A. Hillen Ziegfeld. Edwin Runge Verlag, Berlin-Lempelhof 1937. — Auf 50 übersichtlichen Kartenstücken ist hier, unterstützt durch knappe erläuternde Sätze, ein gebräugter Ueberblick über die deutsche Staaten- und Volksgeschichte gegeben: Das Vordringen der germanischen Stämme gegen die Arier und Kelten und gegen das römische Reich, die Völkerwanderung und die Wikingerzüge, das Reich Karls des Großen und das Erste Deutsche Reich Heinrichs I., das machtpolitische und völkische Wiederhineinwachsen Deutschlands in den östlichen Raum, die Städtebünde und der Ordensstaat, die Hussitenkriege und die Abwehr Asiens, die Auflösung des alten Reiches, die Entstehung des brandenburgisch-preussischen Staates und das Hinauswachen Habsburgs in den Südoften, die napoleonische Zeit, der Werdengang des Zweiten Reiches, die Fronten des Weltkrieges und die Folgen des Versailler Vertrages. Die einzelnen Karten, die jeweils einen Entwicklungsabschnitt zusammenfassen, sind übersichtlich und verständlich gezeichnet. Zu einigen Einzelheiten sind Bemerkungen zu machen: Auf Seite 8 könnte durch die Weglassung des Namens „Dommern“ der falsche Eindruck entstehen, als hätten die Polen um das Jahr 800 auch nördlich der Neigelinie bis zur Ostsee gestedt; auf Seite 7 wäre es zweckmäßig gewesen, in die Karte der Wanderzüge der Ostgermanen etwa durch die Zwischenfügung von Zeitangaben in die Wanderlinien der leicht entstehenden fallischen Vorstellung entgegenzuwirken, als ob die ostgermanischen Stämme nomadisierende Horden gewesen seien; ob, wie es auf Karte 19 eingezeichnet ist, die Mährer für die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts bereits als Licheden verzeichnet werden können, kann zum mindesten zweifelhaft sein. Es sind das Bemerkungen, die den Wert der einprägnanten und auf das Wesentliche abgestellten Karten nicht weitgehend beeinträchtigen können. Zur Unterstützung des Geschichtsunterrichts in den Schulen, aber auch zur sonstigen Schulung, ist die von der Parteiamtlichen Prüfungsstelle zum Schutze des NS-Schrifttums und von der Reichsstelle zur Förderung deutschen Schrifttums empfohlene Arbeit geeignet. Dr. K.

Kaiserjäger — anscharren! Von Gisbert W. Kühne-Hellmessen. Gerhard Stalling

Verlagbuchhandlung, Oldenburg i. O. 1937. 235 Seiten. Preis kart. 4,20 RM., Leinen 4,80 RM. — Es ist im Reich noch viel zu wenig bekannt, was die deutschen Regimenter der alten österreichischen Armee während der ersten Monate des Weltkrieges in Galizien geleistet haben. Eine Episode aus diesen Kämpfen, die dann mit dem vorübergehenden Verluste fast ganz Galiziens endeten, ist der Gegenstand des vorliegenden Buches, das sich in der Form eines Romanes geschrieben, auf das österreichische Generalstabswerk und auf Lagebuchaufzeichnungen stützt. Damals verbluteten auf dem ersten Vormarsch über die galizisch-russische Grenze und während des durch die Bedrohung und den Fall Lenbergs verursachten Rückzuges die besten Truppen des österreichischen Bundesgenossen, unter ihnen das 2. Regiment der Kaiserjäger, von dem am 7. September 1914 zwei Bataillone bis auf den letzten Mann im Feuer blieben. Die Erzählung beginnt in Bozen, neben Brigen und Meran dem Standort des Regiments. Von dort aus verfolgt sie das Regiment vom Tage der Mobilmachung an auf seinem kurzen Weg in den Tod. Hat das deutsche Volk den Stürmern von Langemarck in seiner Erinnerung ein Denkmal gesetzt, so sollte es auch die

Kaiserjäger nicht vergessen, deren letzter auf der Höhe 253 östlich von Ranczki im Falle die Fahne des Regiments unter sich barg. Und vor allem sollte nicht vergessen sein, daß es südtiroler Bergbauern waren, die in Sumpf und Steppe Galiziens dieses Blutopfer brachten, dessen tieferer Sinn in der Verhinderung des drohenden russischen Einfalles in Ostdeutschland lag. Dr. R.

Der Osten in Flammen. Geschichtliche Volkserzählung aus den Hussitenkriegen. Von Johannes Pries. Jungland-Verlag, Götting 1937. 295 Seiten. — Die Handlung dieser Erzählung spielt in den lausitzischen Städten, vor allem in Jittau, in der Zeit der Hussiteneinfälle. Die gemeinsame Not zwingt die Bürger, Adligen und Bauern der Lausitz, die von Kaiser und Fürsten im Stich gelassen werden, und nur vom Deutschen Orden Unterstützung erhalten, zu gemeinsamem Handeln. In dem Helden der Handlung ist der selbstlose Kampf um die Heimat verkörpert. Leider ist die Erzählung nicht so gelungen, wie es die Handlung verdiente. Der Verfasser hat sich in die Verhältnisse der Zeit, die er darstellt, nicht genügend vertieft. Das Pathos, dessen er sich häufig bedient, wirkt störend; die Dialoge sind nicht genügend durchgeföhrt. Dr. R.

OSTPREUSSEN

Elektrische Beleuchtungs- u. Kraftanlagen
 Zentralheizungen
 Be- u. Entwässerungs-Anlagen
 Dipl.-Ing. Kurt Netke
 Fernruf 2123 Elbing Herrenstr. 38

Karl Nohring
 G. m. b. H.
Insterburg

Englick & Quatz Königsberg Pr.

Gegründet 1882
 Große Schloßteichstraße 10
 Ecke Burgstraße Ruf 33066

— Das Haus für Bürobedarf — Büromaschinen — Büromöbel — Büropapiere —

Esperstedt & Co.

Königsberg (Pr.) • Tragh. Kirchenstraße 35

Ingenieurbüro
 für Projektierung
 und Ausführung
 von

Zentralheizungen * Sanitären Anlagen

Schäffer & Walcker

Zentralheizungen G. m. b. H. • Gegründet 1855

Königsberg (Pr.), Fernsprecher Nr. 42012-13, Vorstädt. Langgasse 27

Fernheizungs-, Warmwasserbereitungs- und Lüftungsanlagen

Knittel & Welker

Bauunternehmung

Beton und Eisenbetonbau

Hoch- und Tiefbau

Königsberg i. Pr. Ruf 38984

Steindamm 67-69

Ostdeutsches Centralheizungswerk

Inhaber: Hermann Köhnert

Königsberg (Pr.), Königstr. 82 b u. c

Telefon 32404 und 31917

Heizungs-, Lüftungs-, sanitäre Anlagen

Martha Elsner

Königsberg i. Pr., Münzstraße 5-6

Korsetts, Korsetts, Gesundheitsleibbinden

Damenwäsche, Strümpfe in großer

Auswahl zu billigsten Preisen

**Büromaschinen
Büromöbel und
Organisationsmittel**

empfehlen

Albert Wigand

Königsberg Pr., Junkertr. 10

Eingang Münzplatz

Fahrräder :: Nähmaschinen

Georg Schiffe, Königsberg Pr.

Vorder Redgaten 26-27

Staatliche Bernstein-Manufaktur Königsberg (Pr)

Verkauf in den Fachgeschäften und in den Verkaufsstellen:
Königsberg (Pr), Junkerstr., Palmnicken, Bernsteinpavillon

Das Zeichen für  Echtheit und Qualitätsarbeit

Hoch- und Tiefbau Gesellschaft

Inh.: Gebr. Schmarsel
Königsberg Pr., Gluckstr. 12

Jede Art von Bewachung in ganz Ostpreußen

Übernimmt die
Wach- u. Schließ-
Gesellschaft



Königsberg Pr.
Klapperwiese 5
Tel. 411 29.41144

Georg König

Baugeschäft für Hoch- und Tiefbau

Inhaber: Heinz Büssell
Königsberg Pr., Gluckstr. 10
Fernsprecher: 21015

Kunden-Kredit

G.m.b.H., Königsberg, Französische Str.

Das Kredit-Institut des
Einzelhandels

Tapeten-Balatum

Johs. Dikl, Königsberg Pr.
Vorstädt. Langgasse 93

Schlatke

DAS HAUS DER PHOTOFREUNDE
Königsberg, Steindamm 128/29

BOOS

Das
Schuhhaus
der
Königsberger
Am Kaiser-Wilhelm-Platz

Heizungen
Wasserleitungen
Bäder usw.

Lingen u. Co.
Königsberg - Pr.
Französische Str. 1

Oster & Co.

Königsberg i. Pr., Weldendamm 14

Bierdruckapparate
Repositorien

Kalk- u. Mörtelwerke

Gründet 1899 • Fernsprecher 34121

Aktiengesellschaft

Baustoffe aller Art
Eigene Kieswerke
u. Schlepsschiffahrt

Königsberg (Pr.)
Gebauhrstraße 74

Gaskoks für Zentral- und Etagen-Heizungen
liefert in guter Qualität und in jeder Stückgröße
Städtisches Gaswerk, Tilsit

Kornhausgenossenschaft e. G. m. b. H. zu Tilsit

Zweigstellen in Gr. Brittanien, Kaukehmen, Naujeningken, Rautenberg, Szillen

Das genossenschaftl. Landwaren-Institut für die Kreise Tilsit-Ragnit u. Niederung

★ Backe mit Hefe ★

Überall

★ Koche mit Hefe ★

O. H. T. HEFE

Ostdeutsche Hefewerke, Abtlg. der Norddeutschen Hefe-Industrie
Tilsit Fernruf 3444

Walter Bergau • Tilsit

Sommerstr. 43. Fernruf 3427

Unternehmung für:
Eisenbahn-, Wasser- und Straßenbau
Beton-, Eisenbetonbauten und
Kanalisation

Sparen

heißt
für die
Zukunft
sorgen!

Darum spare bei der
Städt. Sparkasse Tilsit

Verlag Dr. Friedrich Cramer, Berlin SW 61, Kantstraße 2/3. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Reibel, Berlin-Friedrichshagen, 3. Str. 2. — Druck: Verlags-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg, Reichenstr. 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Gumpel, Berlin SW 15. — Erscheint monatlich (Ausnahmefälle vorbehalten). Bezugspreis vierteljährlich RM. 0,50. Abonnement RM. 0,50 und RM. 0,05 Folgehefte. — Anzeigenpreisliste 4. — J. v. W. G. — Alle Zuschriften sind an den Druck-Verlag Dr. Friedrich Cramer, Berlin SW 61, Kantstr. 2/3 (Fernruf 25 09 14) zu richten.